



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Bayerische Dokumente zum Kriegsausbruch und zum Versailler Schuldspruch

Dirr, Pius

München [u.a.], 1925

25. Der Geschäftsträger in Berlin an das Ministerium des Äussern

[urn:nbn:de:hbz:466:1-73506](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-73506)

des Berliner Traktats behandelten Verhältnisse beziehe. Gleichzeitig fordert die russische Regierung eine Verlängerung der in dem Ultimatum gestellten 48stündigen Frist.

Die heutigen Morgenblätter bringen eine offizielle Erklärung der russischen Regierung zu dem Ultimatum, deren Wortlaut ich Euer Exzellenz in der Anlage ganz gehorsamst überreiche.¹⁾

Der Schlusssatz dieser Erklärung, dass Russland dem österreichisch-serbischen Zusammenstoß gegenüber nicht gleichgültig bleiben kann, spiegelt die tatsächlich im russischen Kabinett durch das in solcher Schärfe nicht erwartete Ultimatum hervorgerufene Erregung wieder.

In der Presse, die ihre unfreundlichen Gefühle schon seit dem Attentat von Serajewo nicht zu beherrschen vermochte, wird der während der Balkankrise angesammelte Hass gegen Österreich von neuem aufflammen. Bis jetzt liegen mir nur die Äusserungen der hier erscheinenden deutschen Zeitungen vor. Während die „Petersburger Zeitung“ zwar den Ernst der Situation und die Gefahr eines europäischen Konflikts betont, aber das Vorgehen Österreichs verständlich zu beurteilen bemüht ist, prophezeit der „Herold“ Österreich die tödliche Feindschaft der slawischen Welt für die Demütigung und Verhöhnung Serbiens und nennt das Ultimatum ein Verbrechen gegen den Weltfrieden.

Grunelius

Nr. 25

Der Geschäftsträger in Berlin an das Ministerium des Äussern

Telegramm

Berlin, den 26. Juli 1914; 1⁵⁰ nachm.

Zum Telegramm von gestern.

Reichsleitung und Kanzler persönlich ersuchen dringendst, jede Mitwirkung bayerischer Behörden bei Zustellung oder Bekanntmachung österreichischer Mobilmachungsorder zu unterlassen, da solche Neutralitätsbruch erschiene.

Österreichische Botschaft hier völlig einverstanden. Österreichische Regierung hat Konsulate in diesem Sinne angewiesen.

Strengste Geheimhaltung der Eisenbahnerleichterungen erforderlich.

Schoen

¹⁾ Sie lautete: „Die Regierung ist über die eingetretenen Ereignisse und die Absendung des Ultimatus Österreich-Ungarns an Serbien sehr besorgt.“

Die Regierung verfolgt sorgsam die Entwicklung des serbisch-österreichischen Zusammenstoßes, dem gegenüber Russland nicht gleichgültig bleiben kann.“